Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 8.25. für Abholer monatlich M. 3.00. durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 3.00, vierteljährlich M. 9.00 durch die Post innerhalb Deutschland Gesamt-Ausgabe monatlich M. 3.01, vierteljährlich M. 9.00; Morgen-Ausgabe M. 2.00, Abend-Ausgabe M. 1.00, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).
Einzelnummer: Morgen-Ausgabe 15 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

118. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Großleipzig u. Umgeb. die siebengespaltene Kolonelzeile 25 Pf., v. auswärts 30 Pf. Reklamen u. Anzeigen im amtl. Teil die Kolonelzeile 100 Pf., v. auswärts 130 Pf.; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 25 Pf., auswärts 30 Pf. Tarifvertragsanschlag: 50 %. Postversandgebühr: Ueber 200 Zeilen Umfang 30 %, über 400 Zeilen: 50 %. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Platz und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exclusiv Postgebühr. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7200. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr 151 — Montag, den 7. April — 1919

Die bayerischen Kommunisten gegen eine Scheinräterepublik

München, 6. April. (Drahtbericht.) Ministerpräsident Hoffmann, der wegen des Ernstes der Lage kurze Zeit in Berlin weilte, ist wieder in München eingetroffen. Die „Bayerische Staatszeitung" hatte in ihrer Sonnabendnummer der Ansicht Ausdruck gegeben, daß mit der Ausrufung der Räterepublik am Sonntag zu rechnen sei. Bis Sonntag mittag ist eine solche Ausrufung nicht erfolgt. Die Stadt ist vollkommen ruhig. Die Zeitungen der Unabhängigen und Kommunisten sind in Extraausgaben erschienen. Man berichtet über Veranstaltungen der Arbeiter am Sonnabend. Nach der „Roten Fahne" lehnen die Kommunisten eine Beteiligung an einer Scheinräterepublik ab. In der neuen Zeitung „Organ der Unabhängigen" wird erklärt, daß kein Zweifel sei, daß die bayerische Bourgoisie Südbayern als Position aufgegeben hat und alle Hoffnung auf die anderen Landesteile setzt. In einer der Massenversammlungen des Proletariats am Sonnabend sprach der Minister Unterleitner von den Unabhängigen. Er führte aus: Dem Weltkriege ist der gigantischste Klassenkampf gefolgt, den die Weltgeschichte je erlebt hat. Die Bewegung ist aber noch nicht zu Ende. Auch sind Kräfte am Werke, die glauben, die revolutionäre Arbeiterschaft unterdrücken zu können. Jetzt soll die Räterepublik kommen und der Sozialismus verwirklicht werden. Wir geben in Bayern wieder den Anstoß zur neuen Bewegung und werden in Deutschland vorangehen in der Einigung des gesamten Proletariats. In Bayern gibt es und darf es keine Noske geben. Wir haben in Bayern keine Weiße Garde, aber wir wollen jetzt eine Rote Garde schaffen. Von allen Städten Bayerns treffen Nachrichten ein, daß sie die Räterepublik begrüßen. Wir werden unseren Brüdern in Rußland und Ungarn die Hand reichen. Wir erwarten aber auch, daß sich unsere Brüder in Frankreich, England, Italien und Amerika uns anschließen werden. Dann hat der Sozialismus den Sieg errungen. Noske, Scheidemann und seine Kollegen werden hinweggefegt werden wie Wilhelm II. und Ludwig II.

Die Ausrufung der Räterepublik noch nicht erfolgt

München, 6. April. (Drahtbericht.) Aus der gestrigen Sitzung des Aeltestenrates des Landtages, der Ministerpräsident Hoffmann beiwohnte, wurden Erklärungen herausgegeben, worin zum Ausdruck gebracht wurde, daß der geplante Zusammentritt des Landtages unter keinen Umständen ein Streich gegen die Regierung, sondern im vollsten Einvernehmen zwischen Regierung und Landtag geplant war. Am Sonntag vormittag um 10 Uhr trat der Aeltestenausschuß des Landtages wieder zu einer Sitzung zusammen und ließ um 11 Uhr durch einen Boten den Ministerpräsidenten Hoffmann holen. Der Hausverwaltung des Landtagsgebäudes ist am Sonntag früh angekündigt worden, daß in der Nacht zum Montag die Räteorganisationen in das Landtagsgebäude übersiedeln werden. Für die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Regierung beschlossen habe, mit dem Landtag nach Bamberg überzusiedeln, konnte nirgends eine Bestätigung erhalten werden. Als interessant ist aus den gestrigen Massenversammlungen hervorzuheben die Erklärung des Radikalsozialisten Fochenbach, daß nunmehr auch die Bauernräte beschlossen hätten, für die Räterepublik einzutreten. In einer anderen Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Kaserne des 2. Infanterieregiments fortan Liebknechtkaserne und die Kaserne des 1. Infanterieregiments den Namen Kurt-Eisner-Kaserne erhalten. Durch Anschläge in den Straßen wurde ein vom Zentralrat und von der bayrischen Beamtengewerkschaft unterzeichneter Aufruf mitgeteilt, wonach die sozialistisch gesinnten Staats- und Gemeindebeamten in Zusammenarbeit mit den A.- B.- und S.-Räten weiter arbeiten und ihre Pflicht ungestört weiter erfüllen wollen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß bis zum Sonntag mittag die Lage in München noch völlig ungeklärt war und jedenfalls eine Ausrufung der Räterepublik noch nicht erfolgte.

Der Widerstand in Nordbayern

Nürnberg, 6. April. (Drahtbericht.) Eine außerordentliche bayerische Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die heute im Künstlerhause in Nürnberg tagte, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik erklärt.

Die heutige Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Liga Nürnbergs erklärte sich aus denselben Gründen ebenfalls gegen die Einführung der Räterepublik in Bayern. Sollte sich die Mehrheit der Bevölkerung trotzdem dafür entscheiden, so bleiben die Mitglieder neutral, um einem Teil des Volksganzen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die Versammlung verlangt aber von allen Mitgliedern, daß sie jede Uebernahme von Regierungs- oder Verwaltungsstellen ablehnen und damit die volle Verantwortung denen überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Weiterführung ihrer Geschäfte unmöglich machen.

Die Räte

E. E. Offenbar unter dem Drucke der bevorstehenden Münchner Ereignisse, der Generalstreikbewegung, des zum 8. d. M. zu erwartenden Zusammentritts der neuen Rätekonferenz und der damit zusammenhängenden geplanten und sehr ernst zu nehmenden Militärrevolten in Magdeburg und Berlin hat die Reichsregierung ihren lange angekündigten Beschluß über die Eingliederung der wirtschaftlichen Demokratie in die Verfassung gestern veröffentlicht. Es war wieder einmal höchste Zeit. Muß dergleichen immer so spät kommen, daß es in der bis zum Ausbruch gesteigerten Erregung kaum noch wirken kann, zumal da es dann mehr wie ein Erzeugnis der Angst als der Staatsweisheit aussieht. Diesmal hat das Kabinett die Münchner Radikalen zeitlich gerade noch um eine Nasenlänge geschlagen. Hoffentlich ist man, wenn etwa aus der Nasenlänge eine Pferdelänge oder mehr wird, nun nicht umgekehrt zu schnell mit der Einbildung fertig, als sei das Rennen bereits für die Regierung gewonnen. Soweit sind wir noch lange nicht. Wenn sich die Dinge in München hinzögern sollten, so wären daran wahrscheinlich die bürgerlichen Parteien Bayerns einschließlich der radikalen Bauern, die von der Räterepublik nichts wissen wollen und mit dem Bürgerstreike drohen, mehr beteiligt als das Berliner Kabinett. Ja vielleicht ist der eigentliche Hemmschuh im Augenblicke bei den Allerradikalsten zu suchen, denen eine Räteregierung, wie sie jetzt zustandekommen könnte, noch nicht genügen würde. Das Auftreten des Kommunistenführers Levien, der eine konzessionslose Diktatur des Proletariats, eine kommunistische, nicht sozialistische Republik und ein Offensivbündnis mit Ungarn und Rußland gegen Preußen gefordert hat, kann davor warnen, einen Aufschub als Erledigung und als Erfolg der Reichsregierung anzusehen. Vorläufig muß man abwarten. Qui vivra, verra — und hoffentlich können die Münchner auch sagen: Qui verra, vivra.

Nun, das Reichskabinett hat also einen Verfassungsartikel beschlossen, der bis auf den Schluß Beifall verdient. Eine rein politische Rolle in Gesetzgebung und Verwaltung bekommen die Räte nach ihrem Willen nicht. Auf wirtschaftlichem und sozialem Feld sollen die neuen Vertretungen der Arbeiterschaft stets in Gemeinschaft mit den Unternehmern wirken. Von einer wirtschaftlichen Diktatur oder auch nur einer Imparität ist also keine Rede. Im einzelnen sind die Befugnisse der Räte bisher nur angedeutet, doch ist so viel bereits ersichtlich, daß außer der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, an der sie mitwirken sollen, eine Beteiligung an der Leitung des Produktionsprozesses nur so weit in Betracht kommt, als es sich um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung handelt. Das heißt: in einzelnen Betrieben haben die Räte über kaufmännische und technische Fragen der Wirtschaftsführung nicht mitzureden, weder die Betriebs- noch die Bezirksräte, noch der Reichsarbeiterrat. Die Ausführung der Sozialisierungsgesetze ist, auch soweit sie den einzelnen Betrieb angeht, natürlich etwas ganz Allgemeines; auch hieran haben aber nur die Bezirksräte und der Reichsarbeiterrat, mit den Unternehmervertretern zusammen, mitzuwirken. Den Betriebsräten stehen dergleichen Vollmachten nicht zu, sie haben also nicht die Durchführung der Sozialisierung im einzelnen Betriebe zu beaufsichtigen, geschweige vorzunehmen. Dafür sollen jedoch bei diesen Aufgaben die Bezirksräte und der Reichsarbeiterrat nicht nur die Kontrolle, sondern auch das Recht des Eingreifens haben. Das liegt in dem Wort „Mitwirkung" und ist ein wesentliches Zugeständnis.

Daß ein bloßes Aufsichtsrecht oft nur bescheidene Machtvollkommenheit bedeuten kann, hat die Geschichte des früheren deutschen Parlamentarismus gezeigt. Selbst mit dem Rechte der Budgetbewilligung zusammen ergab es noch keine wirkliche Demokratie. Die entsteht erst bei aktiver Teilnahme an den Geschäften. Es war im besonderen das Leiden der Sozialdemokratie durch Jahrzehnte hindurch, daß sie nichts anderes konnte, weil sie nichts anderes durfte, als Kritik üben. „In der Kritik 1a, in positiver Arbeit 5b," diese Zensur glaubte ihr noch der Fürst Bülow geben zu können. Das gilt nun nicht mehr, traf schon damals für die rein wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der Gewerkschaften nicht zu. Fortan sollen nun die Arbeiter mehr als bisher mitleiten, wenn auch nur im großen des Produktionsprozesses. Bei der Einrichtung der wirtschaftlichen Demokratie kommt es eben nicht darauf an, den Arbeitnehmern eine neue formelle Befugnis zu geben, ihre „Rechte" zu vermehren, sondern darauf, ihre Tätigkeit und ihr Interesse mehr als bisher nutzbar zu machen, zu beleben und zu heben, sowohl zum Besten der Volkswirtschaft wie der einzelnen Menschen in persönlicher, auch außerwirtschaftlicher Hinsicht. Jetzt kommt es darauf an, in ganz anderer Breite und Tiefe als bisher alle Menschenkräfte zu mobilisieren, auch die geistigen und Willenskräfte, die in der Handarbeiterschaft lange Zeit brachgelegen haben, zu wecken und zu verwerten. Wirtschaftliche Demokratie ist ebenso wie politische Demokratie eine Bildungsfrage. Das heißt, sie hat nicht nur zur Voraussetzung einen gewissen Stand der Bildung, sondern sie hat auch Bildungsaufgaben an den einzelnen zu erfüllen, indem sie hilft, mehr Individuen als bisher zu Individualitäten, aus Personen Persönlichkeiten zu machen. Unzählige Klagen sind Generationen lang erschollen, daß Menschen zu Maschinen, ja zu bloßen Rädern oder Schrauben in großen Apparaten wurden; die Arbeiterbewegung hat erfolgreich daran gearbeitet, durch negative Maßnahmen, wie Verkürzung der Arbeitszeit und durch positive Bildungsbestrebungen außerhalb der Berufstätigkeit Wandel darin zu schaffen: Jetzt wird der Hebel an der Berufsarbeit selber mit positiven Maßnahmen eingesetzt. Das ist die nicht bloß wirtschaftliche, auch nicht allein soziale, sondern zugleich individuelle Bedeutung, die der neue Verfassungsartikel haben kann. Und darum muß man mit diesem Zugeständnis einverstanden sein.

An der Gesetzgebung werden die Räte ebenfalls nicht nur mit dem Rechte der Kritik, sondern auch gutachtend beteiligt. Gewisse Gesetze sind vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat vorzulegen, und er kann von sich aus solche Gesetze beantragen, die dann wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind. Das ist nicht wenig. Es bleibt freilich beschränkt auf sozialpolitische und wirtschaftliche Gesetze, und zwar von grundlegender Bedeutung. In der Praxis wird viel darauf ankommen, daß die letzten Worte nicht engherzig ausgelegt werden, sondern

Der Zentralzechenrat über die Lage im Ruhrgebiet

Essen, 6. April, mittags. (Drahtbericht.) Der Zentralzechenrat teilte entgegen anderslautenden Meldungen mit: Bis jetzt stehen von den Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriebezirks 221 Zechen mit 372 000 Arbeitern im Generalstreik. Die gesamte Arbeiterschaft des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, von dessen Stromnetz die Licht- und Kraftstromversorgung aller umliegenden Städte des Industriegebietes abhängig ist, hat sich dem Generalstreik angeschlossen. Für die Versorgung der öffentlichen Anstalten wie der Krankenhäuser mit Licht und Kraft hat die Zentralstreikleitung die entsprechend eingestellte Aufrechterhaltung des auf das Allernotwendigste eingeschränkten Betriebes als Notstandsarbeiten zugestanden. Die Angestellten der Essener Straßenbahn haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Der gesamte weitverzweigte Betrieb ruht. Sämtliche Streikenden wollen sich mit den Forderungen der revolutionären Bergarbeiter solidarisch erklären.

Arbeitswilligkeit der Kruppschen Arbeiterschaft

Essen, 6. April. (Drahtbericht.) Eine von der christlich-sozialen Arbeiterschaft der Firma Krupp im katholischen Vereinshause heute abgehaltene, stark besuchte Versammlung erhob scharfen Protest gegen den auf den Kruppschen Werken verkündeten Generalstreik und beschloß, Montag früh geschlossen zur Arbeit zu gehen und allen terroristischen Versuchen, die Arbeitswilligen von der Arbeit fernzuhalten, mit stärkstem Nachdruck entgegenzutreten.

Bei der Arbeitseinstellung in der Kruppschen Gußstahlfabrik handelt es sich in erster Linie um einen Sympathiestreik zugunsten der Bergarbeiter, der lediglich politischen Ursachen entspringt. Der größte Teil der Arbeiterschaft ist an sich arbeitswillig und hat gestern morgen schon die Arbeit aufnehmen wollen, wurde aber durch die Streikposten des sogenannten revolutionären Arbeiterkomitees, das hier seinen Sitz hat, an der Aufnahme der Arbeit gehindert.

Protest der christlichen Gewerkschaften

Düsseldorf, 6. April. (Eig. Drahtbericht.) Ein von den Kommunisten heute nachmittag veranstalteter Demonstrationszug ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in der Hauptverkehrsstraße, der Königsallee, warfen Regierungstruppen einige Handgranaten als Schreckschüsse in den Stadtgraben. Die Gründe zu dieser Maßnahme sind noch nicht aufgeklärt. Ausschreitungen oder Verwundungen sind bisher nicht gemeldet worden. Der Straßenbahnverkehr ruht. Da auch das Elektrizitätswerk streikt, ist die Stadt heute abend im Dunkeln. Gleich nach der gestrigen Proklamation des Generalstreiks haben das christliche Gewerkschaftskartell und die Mehrheitssozialisten Protest gegen den Streik erlassen, aber die Spartakiden und Unabhängigen haben die Führung der Massen in der Hand, so daß es zweifelhaft ist, ob Montag von den Anhängern derjenigen Parteien, die gegen den Streik sind, gearbeitet werden kann.

Kampf mit den Regierungstruppen

Mülhausen, 6. April. (Drahtbericht.) Gestern fand hier mit Genehmigung der örtlichen Militärbehörden eine Versammlung statt, in der über Werkstättenangelegenheiten gesprochen werden sollte. Die Tagesordnung behandelte aber politische Angelegenheiten. Im Zusammenhang damit forderte man Entwaffnung der Polizei und der Regierungstruppen. Daher wurde die Auflösung der Versammlung angeordnet. Eine Kompanie Regierungstruppen wurde mit dieser Aufgabe beauftragt. Ein Teil der Kompanie drang in das Gebäude ein, während der andere das Gebäude absperrte. Bei dieser Gelegenheit wurde anscheinend aus dem Hause eine Handgranate geworfen, die die Besatzung eines Maschinengewehres außer Gefecht setzte. Zwei Mann wurden getötet und drei verwundet. Außerdem wurden viele Gewehr- und Pistolenschüsse aus den Dachfenstern gegen die Regierungstruppen abgefeuert, die mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten erwiderten. Mittlerweile rückte eine weitere Kompanie zur Unterstützung herbei. 55 Personen wurden den Militärgerichten zugeführt. Die Verluste auf der anderen Seite betrugen zwei Tote. Von den Verwundeten der Regierungstruppen ist einer gestorben, so daß die Zahl der Toten sich auf drei beläuft.

Das neue Arbeitsrecht

Berlin, 6. April. (Drahtbericht.) Die Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen, das ganze Gebiet der Arbeitsbeziehungen umfassenden Arbeitsrechtes sind jetzt so weit gediehen, daß sofort nach Ostern eine Arbeitskommission im Reichsarbeitsministerium zusammentreten soll, der die Ausführung der Vorarbeiten im einzelnen für das Gesamtwerk obliegen wird. Es wird beabsichtigt, nicht nur das ganze Gebiet des Arbeitervertragsrechtes unter Beachtung der einzelnen Arbeitnehmergruppen zusammenzufügen, sondern auch das Koalitionsrecht, das Recht der Berufsvereine und das Tarifvertragsrecht gesetzlich zu regeln. Dabei soll den heutigen sozialen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Schon in nächster Zeit wird außerdem ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den für die gesamte Arbeitsverfassung ein klarerer und zweckmäßigerer Aufbau geschaffen werden soll. Gedacht wird ferner an die Einführung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten. Doch bedarf diese Frage noch näherer Prüfung, zumal dadurch in den Bestand der ordentlichen Gerichte und deren Aufgaben eingegriffen werden würde.

Sobald die Vorarbeiten in der Arbeitskommission abgeschlossen sind, sollen die Einzelentwürfe in einem größeren Kreis von Sachverständigen, die aus allen beteiligten Gruppen übernommen werden sollen, zur Erörterung gestellt werden.

Die Versorgung der Städte mit ausländischen Lebensmitteln

In Anwesenheit des Reichsernährungsministers Schmidt traten am Sonnabend unter dem Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth die Vorstände des Deutschen und Preußischen Städtetages zu einer Besprechung über Ernährungsfragen zusammen. Anwesend waren unter anderen die Oberbürgermeister von Leipzig, Dresden und Gotha. Eingehend erörtert wurden die Aussichten für die Zufuhren der ausländischen Lebensmittel. Trotz des hohen Preisstandes der Einfuhrware soll der Brotpreis möglichst unverändert bleiben. Um das zu ermöglichen, wird es nicht zu umgehen sein, das Kochmehl zu erhöhtem Preise abzugeben. Dabei ist jedoch auf Wunsch des Städtetages in Erwägung genommen, den Verbrauchern auf Zusatzkarten tunlichst wahlweise ausländisches (weißes) Mehl oder inländisches Roggenmehl bereitzustellen. Beim Einkauf auf den fremden Märkten und bei der Einfuhr soll der freie Handel weitgehendst eingeschaltet werden, doch sollen alle Einfuhrwaren, die im Inland der Verteilungsregelung unterliegen, restlos in die öffentliche Bewirtschaftung einbezogen werden. Im übrigen ergab sich zwischen dem Reichsminister und den Vorständen beider Städtetage volle Uebereinstimmung darüber, daß für die Zeit des Mangels bei allen Hauptnahrungsmitteln, namentlich bei Getreide, Nährmitteln, Kartoffeln, Fett und Fleisch, an der öffentlichen Bewirtschaftung unbedingt festgehalten werden muß, da unsere Versorgung nach wie vor überwiegend auf die Inlandserzeugung angewiesen ist.

SLUB
Wir führen Wissen.